

abhängiger Gewerkschaften und gegen Arbeiteraktivisten vor.

Durch Finanzhilfen und präventive Polizeimaßnahmen sollen akute Unruheherde entschärft und Arbeiterproteste lokal eingehegt werden: Solange Arbeiterproteste ein kurzlebiges, lokales Phänomen bleiben und nicht zur Gründung überregionaler Organisationen führen, ist das politische Risiko für die chinesische Regierung gering und die nationale Stabilität nicht unmittelbar bedroht. Chinesische Stellen rechnen in den nächsten Jahren mit einer weiteren Zunahme solcher von ökonomischen Problemen hervorgerufenen Proteste, die im Zuge der Reform des Staatssektors als unvermeidlich angesehen werden. -hei-

6 Führungswechsel und Korruptionsskandal in der Provinz Heilongjiang

In Heilongjiang sind im Juli die zwei höchstrangigen Parteisekretäre in der Provinz ihrer Ämter enthoben worden. Provinzpartei sekretär Yue Qifeng wurde in ungewöhnlich offener Weise auf einer Sitzung der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Beijing nach einer Entscheidung der Parteispitze aus dem Amt entlassen und durch den bisherigen Minister für Forstwirtschaft Xu Youfang ersetzt. Zu der Sitzung waren führende Parteifunktionäre aus Heilongjiang nach Beijing beordert worden, die noch weitere, bislang nicht bekannt gewordene Instruktionen der Parteizentrale entgegennahmen. (Zentrales Volksradio, Beijing, 10.7.1997, nach SWB, 11.7.1997) Yue Qifeng hatte während seiner Amtszeit mehrfach erklärt, die Umstrukturierung und Belebung der rückständigen Wirtschaft Heilongjiangs in kurzer Zeit voranbringen zu wollen, ist aber offenbar an dieser Aufgabe gescheitert.

Während der Wechsel an der Spitze des Provinzparteiapparates im Kontext des großen Revirements auf Minister- und Provinzebene gesehen werden kann, das vor und nach Parteitaugen wie in diesem Jahr fällig ist (auch die Parteisekretäre der Provinz Shandong und der „Autonomen Region“ Guangxi sind in diesem Jahr bereits durch neue Kräfte ersetzt worden), steht die Abberufung des Stadtpartei sekretärs der Heilongjianger Provinzhauptstadt Harbin, Suo Changyou, offenbar im Zusammenhang mit einem großangelegten Korruptionsskan-

dal. Gegen Suo wird Hongkonger Quellen zufolge wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung öffentlicher Gelder ermittelt. Seine Position hat vorläufig der Leiter der Disziplin kontrollabteilung des Stadtpartei komitees eingenommen. (SCMP, 28.7.1997) Politische Führung und Verwaltung in der Provinz Heilongjiang werden nun - ähnlich wie das Partei-Establishment der Stadt Beijing seit 1995 - langwierigen Ermittlungen und einer verstärkten Aufsicht durch die Zentrale unterworfen werden. -hei-

7 Kommunistische Partei hat nun 58 Millionen Mitglieder

Nach den neuesten Angaben der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ist die Zahl der Parteimitglieder in den letzten fünf Jahren um knapp 10 Mio. auf insgesamt rund 58 Mio. gestiegen. Damit ist etwa jeder zwanzigste Chinese ein Parteimitglied, wobei sich die Mehrzahl der Mitglieder in den Städten konzentriert und der Organisationsgrad auf dem Lande erheblich geringer ausfällt. Der offiziellen Meldung zufolge besitzen 43,4% der Parteimitglieder einen Oberschul- oder gar Hochschulabschluß, 20,1% der Mitglieder sind weiblich, 22,4% jünger als 35 Jahre. Seit 1992 seien erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Qualität der Parteimitgliedschaft durch gezielte Rekrutierung zu fördern. (Xinhua, 7.7.1997) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Zentrum für östliche Kultur an der Akademie der Sozialwissenschaften

Im Juli 1997 wurde an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften ein Forschungszentrum für östliche Kultur (*Dongfang wenhua yanjiu zhongxin*) eingeweiht. Anlässlich der Gründung des Zentrums wurde eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Die östliche Kultur an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ veranstaltet, an der über 100 in- und

ausländische Wissenschaftler teilnahmen. Sie waren in dem gemeinsamen Bewußtsein zusammeng gekommen, so hieß es, daß die östliche Kultur eine lange Geschichte und bleibende Werte habe, die die östlichen Völker gemeinsam geschaffen hätten. Sie waren sich außerdem einig, daß es im neuen Jahrhundert Aufgabe und Pflicht der Gelehrten, die sich mit der östlichen Kultur befassen, sei, die östliche Kultur zu erforschen und zu verbreiten.

In dem Institut soll zunächst hauptsächlich über indische, arabisch-islamische und konfuzianische Kultur gearbeitet werden; vorgesehen sind auch vergleichende Studien über die östliche und westliche Kultur. Zweck des neuerrichteten Zentrums soll es sein, wissenschaftliche Organisationen, Fachleute und Persönlichkeiten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zusammenzubringen, um die theoretische und angewandte Forschung über die östliche Kultur zu entwickeln. Ferner sollen Massenerziehung und praktische Aktivitäten in bezug auf die östliche Kultur sowie der Dialog und Austausch zwischen Theoretikern und Praktikern gefördert werden. Auch der Austausch und die Zusammenarbeit mit ausländischen wissenschaftlichen Organisationen, Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Gruppen sollen gepflegt werden. Mit diesen Aktivitäten wird das Ziel verfolgt, das wissenschaftliche Niveau beim Studium der östlichen Kultur anzuheben und einen Beitrag zur Schaffung einer neuen Kultur für das 21. Jh. zu leisten. Diesem Zweck dienen die Veranstaltung von Tagungen und Kursen, die Herausgabe einer Veröffentlichungsreihe über östliche Philosophie und Kultur sowie das Angebot einschlägiger Beratung. (GMRB, 11.7.97)

In der Institutsgründung drückt sich das kulturelle Selbstbewußtsein Chinas und anderer ostasiatischer Länder aus, die ihren eigenen Beitrag zur Gegenwartskultur der Welt herausstellen und teilweise sogar prophezeien, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der östlichen Philosophie und Kultur sein werde. Ganz in diesem Sinne wurde bei der Einweihung des Zentrums auch erklärt, man wolle die Aufmerksamkeit der Menschen auf die wichtige Rolle lenken, die die östliche Kultur im modernen gesellschaftlichen Leben spiele, und zugleich wolle man darauf aufmerksam machen, daß die östliche Kultur in der Lage sei, Lösungen für Probleme der modernen Gesellschaft anzubieten (ebd.). -st-

9 Reform der Elementarbildung

Ein vieldiskutiertes pädagogisches Problem in China ist derzeit die Reform der Elementarbildung, d.h. der neunjährigen Pflichtschulbildung. Das dabei verfolgte Ziel ist es, von der prüfungsbezogenen Bildung (*yingshi jiaoyu*) zu einer qualitativen Bildung (*suzhi jiaoyu*) zu kommen. Über das Problem wird seit Jahren diskutiert, bislang allerdings unter dem Aspekt, die Belastung der Schulkinder zu vermindern. Jetzt lautet das Stichwort „qualitative Bildung“, es geht also um die Art der Bildung und um die Frage, wie Schüler und Studenten optimal auszubilden seien, damit sie den Anforderungen des 21. Jh. genügen können.

Das gegenwärtige Schulsystem, wie es sich aufgrund der Reformen der achtziger Jahre herausgebildet hat, ist sehr stark auf Prüfungen ausgerichtet, die den Besuch der besten Schule bzw. den Übergang zur nächst höheren Schulstufe bezwecken. Dadurch sind die Schüler einem enormen Prüfungsdruck mit starkem Wettbewerb, einer ständigen Überprüfung ihrer Leistungen und dem Zwang, sich durch Auswendiglernen viel Wissen anzueignen, ausgesetzt. Die Folge sind nicht selten gesundheitliche Schäden für die Schulkinder, und zwar sowohl psychische als auch körperliche (vgl. RMRB, 25.7.97, S.9). Eine weitere Folge ist, daß die Übergangsraten und Punktzahlen zum alles bestimmenden Faktor des Schulbetriebs werden und das Denken der Schulleitung, der Lehrer und Eltern beeinflussen. Gelehrt wird vielfach nur das, was für die Prüfungen wichtig ist, und häufig wird der Lehrstoff zur besseren Vorbereitung der Schüler auf die Prüfungen vorgezogen. Der Angelpunkt qualitativer Bildung wird im Unterricht gesehen, d.h. in dem, was und wie es gelehrt wird. Es soll nicht mehr für die Prüfungen gelehrt werden, sondern den Schülern sollen Fähigkeiten beigebracht werden. Zudem sollen die Prüfungen reduziert werden; nicht notwendige Prüfungen, wie etwa die Aufnahmeprüfung zur Mittelschulunterstufe, sollen abgeschafft werden. Auch sollen die Schulen nicht mehr allein nach den Übergangsraten beurteilt werden, sondern auch danach, welche Fortschritte Schule und Schüler in jeder Hinsicht machen. (GMRB, 9.7.97, S.4)

Entsprechend der Erkenntnis, daß es für eine qualitative Bildung auf Inhalt

und Art des Unterrichts ankommt, rückt die Lehrerbildung in den Mittelpunkt der Überlegungen, denn das Gros der Lehrer ist für die angestrebte Reform nicht genügend ausgebildet. Bei Absolventen pädagogischer Hochschulen wird insbesondere bemängelt, daß deren moralische Bildung keinen Bezug zur Wirklichkeit hat und es an Verantwortungsbewußtsein fehlt. Zudem hätten die Absolventen zu wenig Allgemeinwissen, während die Kenntnisse in den Spezialfächern zu stark überwiegen. Auch die pädagogischen Fähigkeiten ließen zu wünschen übrig. Dies liege hauptsächlich daran, daß die Studenten im Studium durchweg Klassenunterricht erhalten hätten, d.h. mit Wissen vollgestopft worden seien, ohne daß ihre eigene Beteiligung gefördert worden sei. Das Wichtigste sei das Memorieren, während nicht wissensmäßige Elemente wie Interesse, Wollen, Ausdauer, körperliche Kraft und moralische Bildung vernachlässigt worden seien. (Vgl. RMRB, 25.7.97) Studenten, die so ausgebildet werden, sind kaum in der Lage, ähnliche Eigenschaften wie die genannten bei ihren zukünftigen Schülern heranzubilden, Eigenschaften, die im 21. Jh. stärker gefragt sein werden als nur mit Wissen vollgestopfte junge Menschen. Der Typ von Hochschulstudent, der in Zukunft verlangt wird, benötigt Allround-Wissen, theoretische und praktische Kenntnisse, Eigeninitiative, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein. Bis solchermaßen gebildete und ausgebildete Schüler und Studenten Chinas Schulen verlassen, wird noch viel Zeit vergehen. Fachleute prophezeien, daß ein solcher Wandel selbst in zehn oder fünfzehn Jahren nicht zu schaffen ist (GMRB, 9.7.97). -st-

10 Stärkung schwacher Schulen

Ein Problem, das insbesondere im vergangenen Jahr die Gemüter der Schulbehörden, Eltern und Öffentlichkeit bewegte, betrifft die Wahl der Schule, die laut Schulpflichtgesetz nicht gestattet ist, denn dort heißt es, daß Schulkinder in Wohnnähe zur Schule gehen müssen. Entgegen dieser Bestimmung schicken in den Städten (nur hier ist das Problem relevant) viele Eltern ihre Kinder nicht auf die nächstgelegene Schule, sondern wählen die bestmögliche Schule aus, um ihren Sprößlingen bessere Startmöglichkeiten für eine spätere Studien- und Berufskarriere zu bieten. Der Zugang zu den besten Schulen ist

entweder über Beziehungen oder mit Geld zu erreichen. Diese Praxis wird von offizieller Seite zwar nicht gern gesehen, aber geduldet, nicht zuletzt deshalb, weil die Mächtigen selber nicht auf sie verzichten möchten. Sie läßt praktisch keine Chancengleichheit zu und führt z.B. dazu, daß Kindern von weniger betuchten Eltern oder Familien ohne Beziehungen der Zugang zu einer guten Schule verwehrt ist, auch wenn die Schule in Wohnnähe liegt. Das Problem taucht jedes Jahr vor Beginn eines neuen Schuljahres auf und wird in der Öffentlichkeit heftig diskutiert, so auch jüngst in einem Artikel in der *Volkszeitung* (vgl. RMRB, 2.7.97, S.10).

Für das Bestehen der freien Schuwahl und das Erheben von Schulgeld von seiten der besten Schulen (obwohl im Pflichtschulbereich Schulgeldfreiheit herrschen soll) werden zwei Gründe angegeben: Erstens sei es ein Problem von Angebot und Nachfrage; Schüler und Eltern verlangten gute Schulen, aber diese stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Zweitens beständen zu große Unterschiede zwischen den Schulen selbst innerhalb eines Bezirkes. Sie führten im Pflichtschulbereich zu großer Ungleichheit, die die Eltern nicht hinnehmen wollten und deshalb für ihre Kinder die Schule auswählen. Das Hauptproblem sei also, daß das Angebot an guten Schulen die Nachfrage nicht befriedigen könne. Deshalb wird jetzt mit Nachdruck gefordert, so schnell wie möglich in den Städten die schwachen Schulen zu stärken (ebd.).

Inzwischen versucht man, das Problem zu quantifizieren, d.h. die Zahl schwacher Schulen zu ermitteln. Eine entsprechende Untersuchung wurde 1995 und 1996 von dem zuständigen Ausschuß der Politischen Konsultativkonferenz in den Städten und Provinzen Beijing, Shanghai, Zhejiang, Shandong, Heilongjiang, Jilin und Liaoning durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, daß der Anteil schwacher Schulen in den meisten Städten etwa 20 Prozent beträgt. Der Abstand dieser Schulen zu den Schwerpunktschulen sei besonders groß. Die relativ hohe Zahl schwacher Schulen wird als ernstes Hindernis für die Einführung der allgemeinen neunjährigen Grundbildung gesehen und zudem als Unruheherd in der Gesellschaft. Eine Stärkung der schwachen Schulen scheint aber bislang daran zu scheitern, daß das Schulpflichtgesetz nicht genügend beachtet wird und daß die örtlichen Regierungen dem Problem zu wenig Aufmerksamkeit wid-

men. Die Verantwortlichen haben in erster Linie die Schwerpunktschulen, Vorzeige- und Modellschulen im Auge, denen sie personelle, finanzielle und materielle Ausstattung vorrangig zukommen lassen, während sie die Schulen, die solcherlei Zuwendungen am dringendsten benötigen, vernachlässigen.

An dieser Haltung der Verantwortlichen gilt es also anzusetzen, wenn Abhilfe geschaffen werden soll. Aus diesem Grunde sollen die örtlichen Regierungen den schwachen Schulen verstärkt Beachtung schenken und alles zu deren Stärkung tun. Aufgabe der Bildungsbehörden muß es sein, so heißt es, das Schulwesen im Rahmen der Pflichtbildung zu standardisieren und zu vereinheitlichen, dann würden die Schwerpunktschulen von selbst ihren Einfluß und ihre Anziehungskraft verlieren. (Ebd.) Die Existenz der Schwerpunktschulen wird in Fachkreisen schon lange kritisiert, und ihre mittelfristige Abschaffung ist beschlossene Sache. Solange das Niveau zwischen den Schulen allerdings nicht vereinheitlicht ist, kann auf sie nicht verzichtet werden. Das erklärte Ziel ist es, innerhalb von drei bis fünf Jahren das Phänomen schwacher Schulen in den Städten abzuschaffen (ebd.). Erst wenn dies gelingt, werden zumindest in den Städten die Voraussetzungen für gleiche Bildungschancen schulpflichtiger Kinder geschaffen sein. -st-

11 Schrittweise Einführung beruflicher Bildung

In dem seit dem 1.9.1996 in Kraft befindlichen Berufsbildungsgesetz wird verfügt, daß junge Leute eine Berufsausbildung vorweisen müssen, um von einer Einheit eingestellt werden zu können. Bislang war es üblich, Schulabgänger gleich nach der allgemeinbildenden Schule einzustellen. Das Berufsbildungssystem scheint jetzt konkrete Formen anzunehmen. In diesem Jahr wird das neue System in 36 Städten und Gebieten praktiziert, und zwar können Absolventen der unteren und oberen Mittelschule sich bei den zuständigen Personalbehörden anmelden und ab September ohne Aufnahmeprüfung eine berufsbildende Schule besuchen. Die Berufsschule dauert ein bis drei Jahre und qualifiziert für einen Beruf. Nach Absolvierung der Schule können die jungen Leute mit staatlicher Hilfe in Stellen vermittelt werden. Künftig soll es allen Absolventen der unteren und oberen Mittelschule, die keine weiterführende Schu-

le besuchen können, möglich sein, eine berufliche Ausbildung wie in den 36 Orten zu erhalten. Es ist vorgesehen, daß der Staat schrittweise auch Absolventen von Mittelschulen auf dem Lande, die keine weiterführende Schule besuchen können, die Möglichkeit zur beruflichen Bildung bietet. Nach abgeschlossener Berufsbildung können die jungen Leute vom Lande dann in nichtlandwirtschaftliche Berufe überwechseln oder einer beruflichen Tätigkeit in der Stadt nachgehen.

Derzeit ist das neue Berufsbildungssystem in den vier regierungsunmittelbaren Städten Beijing, Tianjin, Shanghai und Chongqing eingeführt. Zugleich sind die übrigen Provinzen dabei, drei bis fünf Versuchsorte auszuwählen, in denen das neue System ebenfalls eingeführt wird. Im April nächsten Jahres soll es im städtischen Bereich, in etwa drei Jahren auch in den ländlichen Gegenden zur Regel werden. Man erhofft sich dadurch zum einen eine bessere Qualifizierung der jungen Arbeitskräfte, zum anderen aber auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes, weil die Schulabgänger später eingestellt werden. (Vgl. RMRB, GMRB, 15.7.97) -st-

12 Geburtenkontrolle und Umweltschutz

Ende Juli veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua den vollen Text zweier Reden, die Staatspräsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng am 8. März auf einer nationalen Konferenz zum Thema Geburtenkontrolle und Umweltschutz hielten (vgl. RMRB, 25.7.97; engl. Übers. Xinhua, 24.7.97, nach SWB, 29.7.97). Auf der Konferenz sollte der Zusammenhang zwischen beiden Komplexen verdeutlicht werden. Beide Probleme, Geburtenkontrolle und Umweltschutz, seien für die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Chinas von entscheidender Bedeutung und gehörten zur grundlegenden Politik des Staates, sagte Jiang Zemin. Mit seiner großen Bevölkerung und begrenzten natürlichen Ressourcen sei es für China schwierig, eine ökologische Umwelt zu bewahren. Pro Jahr würden 21 Mio. Babies geboren, und der Nettozuwachs der Bevölkerung Chinas betrage jährlich 13 Mio., d.h. das absolute Bevölkerungswachstum sei immer noch sehr groß. In einigen Provinzen und autonomen Gebieten werde die Geburtenkon-

trolle zu lasch gehandhabt, so daß die Bevölkerungsentwicklung sehr ungleich verlaufe. Es sei daher unbedingt erforderlich, die Anstrengungen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums verstärkt fortzuführen, damit das Ziel erreicht werden kann, die Bevölkerung bis zum Jahr 2000 nicht über 1,3 Mrd. ansteigen zu lassen. Zugleich müsse dem Umweltschutz verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden; dieser müsse in die jährlichen und mittel- bis langfristigen Pläne für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Regierungen aller Verwaltungsebenen aufgenommen werden.

Li Peng forderte eine Intensivierung der Familienplanungsarbeit auf dem Lande und insbesondere in den unterentwickelten Gebieten, wo die Geburtenrate immer noch zu hoch sei. In diesen Gebieten müsse die Geburtenkontrolle mit der wirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt werden, und Hilfsmaßnahmen für Bedürftige seien von Erfolgen in der Familienplanung abhängig zu machen. Auch bei der Wanderbevölkerung sei die Kontrolle über die Geburtenregelung zu verstärken. In bezug auf die Umwelt forderte der Ministerpräsident eine Überwindung des alten Weges „Kontrolle der Umweltverschmutzung nach der Verschmutzung“ und betonte, daß man nicht um zeitweiliger wirtschaftlicher Erfolge willen die Umwelt opfern dürfe. Als kritische Punkte nannte er vor allem die Luftverschmutzung, die schlechte Qualität des Trinkwassers und den Verlust von Ackerland durch die Modernisierung. Die chinesische Regierung, so der Ministerpräsident, hat die Absicht, mit einer relativ guten Umwelt ins 21. Jh. zu gehen. Bis zur Jahrhundertwende sollen Umweltverschmutzung und ökologische Zerstörung weitgehend unter Kontrolle gebracht und die Umweltqualität in einer Reihe von Städten verbessert sein. Dafür will die Regierung bis zum Jahr 2000 eine Summe von 450 Mrd. Yuan bereitstellen. Mittelfristig, d.h. bis zum Jahre 2010, soll dann auch auf dem Lande eine Trendwende in bezug auf die stetige Verschlechterung des Ökosystems eingetreten sein.

Bis dahin wird noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein, sowohl was die Geburtenplanung als auch was den Umweltschutz angeht. Der Schlüssel, um die Probleme in den Griff zu bekommen, liegt in der Erziehung, nicht zuletzt der Schulbildung. Eine wichtige Aufgabe wäre daher, die Lehrer entsprechend auszubilden. Genauso

kommt es aber auch darauf an, daß die mit den beiden Problemen befaßten Kader - zumal die der unteren Ebenen - besser für ihre Aufgaben qualifiziert sind, als dies zumeist der Fall ist. -st-

13 Gedenken an Kriegsbeginn vor 60 Jahren

Am 7. Juli 1997 jährte sich der Zwischenfall an der südwestlich von Beijing gelegenen Lugou-Brücke zum sechzigsten Male. Mit diesem militärischen Zwischenfall zwischen japanischen und chinesischen Truppen wurde der Chinesisch-Japanische Krieg ausgelöst, der bis August 1945 dauerte. Auch dieses Jahr bot der Jahrestag wiederum Anlaß, des Krieges gegen Japan zu gedenken. Im Mittelpunkt der offiziellen Aktivitäten stand eine Gedenkveranstaltung in der „Gedenkhalle des Widerstandskrieges des chinesischen Volkes gegen Japan“, die vor zehn Jahren an der Lugou-Brücke errichtet und für die jetzt ein Erweiterungsbau eingeweiht wurde. Anwesend waren neben gut 1000 in- und ausländischen Gästen, darunter Auslandschinesen sowie Gäste aus USA, Kanada, Japan und Australien, zahlreiche Vertreter des Politbüros und politischer Organisationen. Hauptredner war Politbüromitglied Wei Jianxing. Er erinnerte an die zunehmende Aggressivität der Japaner in den dreißiger Jahren, die antijapanische Einheitsfront zwischen KPCh und Guomindang sowie den heldenhaften Kampf des chinesischen Volkes. Aus diesem Kampf, so betonte Wei, sei das chinesische Volk erstmalig in der modernen Geschichte Chinas als Sieger hervorgegangen; es habe für seine Unabhängigkeit gekämpft, die Grundlage für seine Befreiung (gemeint ist die Befreiung durch die KPCh) geschaffen und einen großen Beitrag im Kampf der Welt gegen den Faschismus geleistet. Zugleich mahnte er, die Vorfälle von einst nicht zu vergessen, dann könne man daraus Lehren für die Folgezeit ziehen. Japan habe China damals nur angreifen können, weil das Land rückständig, arm und schwach war. Heute sei man dabei, mit einem starken nationalen Sendungsbewußtsein China reich und stark zu machen, damit die chinesische Nation für immer aufrecht unter den Nationen der Welt stehe. Es gelte, den patriotischen Geist des chinesischen Volkes weiter zu entfalten und für das große Ziel des Aufbaus der sozialistischen Modernisierung zu kämpfen. (Vgl. RMRB, GMRB, 8.7.97)

In Zeitungskomentaren und Artikeln wird an die Untaten und Verbrechen erinnert, die die Japaner während des Krieges an der chinesischen Bevölkerung verübten (vgl. z.B. RMRB, 7.7.97, S. 4 u. 11). Damit soll die Erinnerung wachgehalten und zur Vorsicht gegenüber Japan gemahnt werden. So stand denn in diesem Jahr auch nicht die Aussöhnung mit Japan im Vordergrund der Betrachtungen, sondern die Kritik an rechten Kreisen in Japan, die den japanischen Militarismus verharmlosen und die Geschichte revidieren wollten. Dies verletze die Gefühle des chinesischen Volkes aufs tiefste. Zwar wird betont, daß es sich dabei nur um eine kleine Gruppe handele, aber ihr Einfluß sei nicht zu unterschätzen und Vorsicht geboten. Die Geschichte richtig zu behandeln sei die politische Grundlage für die Entwicklung der chinesisch-japanischen Beziehungen und eine unverzichtbare Voraussetzung für dauernde Freundschaft zwischen China und Japan (ebd., S.4).

Der zweite Schwerpunkt des diesjährigen Gedenkens an den Kriegsbeginn lag in der Betonung des patriotischen Geistes, der nach offizieller Sicht die Chinesen im Kampf gegen Japan geeint habe und heute als Vorbild dienen soll. Dies wird vor allem an dem Motto deutlich, das Jiang Zemin für die Gedenkhalle an der Lugou-Brücke schrieb: „Die Fahne des Patriotismus hochhalten und durch die Geschichte die Menschen erziehen. Den nationalen Geist Chinas entfalten und das Vaterland zur Blüte bringen.“ (GMRB, 8.7.97) Bezeichnenderweise wurde die Gedenkhalle in die im Juni veröffentlichte Liste der hundert Stätten für patriotische Erziehung aufgenommen (vgl. C.a., 1997/6, Ü 12). Zahlreichen Hochschulen und Schulen aus Beijing und Umgebung dient sie zum Anschauungsunterricht. Die Gedenkhalle ist die einzige Gedenkstätte Chinas für den gesamten Krieg. Ein erster Bau wurde 1987 eingeweiht; er erwies sich jedoch als zu klein, so daß der jetzt fertiggestellte Erweiterungsbau notwendig wurde. Neben Ausstellungshallen ist dort auch ein Forschungszentrum mit historischen Materialien untergebracht (vgl. RMRB, 7.7.97, S.4). -st-

Außenwirtschaft

14 Neuer Rekordüberschuß im Außenhandel

Nach Angaben der chinesischen Zollbehörde erhöhte sich das Außenhandelsvolumen in den ersten sechs Monaten d.J. um 13,1% auf 143,87 Mrd. US\$. Da die Importe im Vergleich zur Vorjahresperiode um 0,2% zurückgingen und nur einen Wert von 63,04 Mrd. US\$ erreichten, während die Exporte um 26,2% stiegen und sich auf 80,82 Mrd. US\$ beliefen, machte der Handelsbilanzüberschuß 17,8 Mrd. US\$ aus. Verglichen mit der Situation des 1. Halbjahres 1996, als nur knapp ein Überschuß von 0,88 Mrd. US\$ erreicht werden konnte, verlief die Außenhandelsentwicklung bisher überaus positiv.

Chinas wichtigste Handelspartner verzeichneten im 1. Halbjahr überwiegend Defizite im Handel mit China. Da die chinesischen Einfuhren von Maschinen stark zurückgingen, z.B. Werkzeugmaschinen um 39%, waren die traditionellen westlichen Lieferanten besonders von dieser Entwicklung betroffen. So sanken die Exporte z.B. Japans um 6,2%, Hongkongs um 31,8%, der USA um 23,2%, Südkoreas um 23,1%, und Deutschlands um 8,4%.

Das Zurückfallen der Importe hinter die Exporte wird aus Sicht vieler Handelspartnerländer als ein Zeichen zunehmenden Protektionismus gesehen. (AWSJ, 23.7.97) Insbesondere die USA wollen die Zunahme des Defizits im Handel mit China nicht klaglos hinnehmen. Mitte Juli fuhr William Daley, US-Handelsminister, nach China, um dort auf eine größere Öffnung des Marktes für amerikanische Produkte zu drängen. (FT, 19/20.7.97)

Als Grund für den hohen Anstieg der Exporte gilt einerseits die Anpassung der Außenhandelsunternehmen an die niedrigere Mehrwertsteuer-Rückerstattung, die zuletzt zum Anfang 1995 gesenkt worden war. Um von den höheren Sätzen profitieren zu können, hatten die Unternehmen ihre Ausfuhren zeitlich vorverlegt, so daß im 1. Halbjahr 1996 relativ geringe Exporte anfielen. Neben den niedrigeren Sätzen hatte die verzögerte Auszahlung der Rückerstattung die Ex-